

falschen Auffassungen auf. Der Vertreter des Kreisvorstandes wies in der Diskussion einige offensichtlich verleumderische Behauptungen des Genossen Behrens zurück, ohne sich aber ideologisch mit den Fehlern des Genossen Behrens auseinanderzusetzen. Und der Genosse Holtzhauer, Volksbildungsminister in Sachsen, übergang in seinem Schlußwort auf derselben Konferenz diese Probleme mit Stillschweigen.

Diese Vorfälle sind Ausdruck einer weitverbreiteten versöhnlichen Haltung gegenüber den Propagandamethoden der amerikanischen Kulturbareibei. Diese Genossen meinen, es sei ja alles „nicht so schlimm“, denn bei uns gebe es keine amerikanischen Hetzfilme, keine amerikanische Schundliteratur usw. Aber dieses Versöhnertum hilft den Vertretern des Objektivismus und schwächt damit unsere Kampfkraft gegen die Kriegstreiber aus den USA.

Vielleicht erscheint manchem der letzte Teil des vorstehenden Satzes an den Haaren herbeigeht. Daß dem nicht so ist, beweist folgendes Beispiel. In einer Schule in Zeulenroda erklärte eine Lehrerin im Unterricht, sie sei eine überzeugte Gegnerin des Krieges. Sie verabscheue den Krieg, ob es ein imperialistischer oder ein vaterländischer Krieg sei! Ich denke, man braucht die ungeheure Gefährlichkeit dieses Objektivismus, der eine Ermutigung für die Aggressoren und eine Lähmung der Friedenskämpfer zum Ziele hat, nicht näher zu begründen. Es wird aber daraus klar, wie eng diese Propaganda mit der Kriegsvorbereitung der USA-Monopolisten zusammenhängt, die jeden nationalen Widerstand gegen ihre Kriegs- und Kolonisierungspolitik im Keime ersticken wollen.

Es muß gründlich Schluß gemacht werden mit der Sorglosigkeit gegenüber den gefährlichen Tendenzen auf dem Gebiet der Kultur, einer Sorglosigkeit, die im Grunde genommen Versöhnertum ist. Wenn zum Beispiel Mitglieder des Kreisvorstandes in Plauen in einer Aufführung der Operette „Madame Pompadour“ niederträchtige Angriffe gegen die Arbeiterklasse, die in Witzform gekleidet sind, als harmlose Scherze belachen, so beweist das eben jene

Sorglosigkeit in ideologischen Fragen, die unsere Partei an der vollen Entfaltung der Offensive gegen die Kulturbareibei des amerikanischen Imperialismus bisher hinderte.

Vor allem: ideologisch kämpfen!

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Kampf gegen die Kulturbareibei des amerikanischen Imperialismus in erster Linie ein ideologischer Kampf ist. Das setzt voraus, daß alle Mitglieder sich die Grundsätze des Marxismus-Leninismus aneignen, um sie auch auf kulturellem Gebiet richtig anwenden zu können. Aber das allein genügt noch nicht.

Viele Genossen glauben, sie könnten in kulturellen Fragen nicht mitreden, weil dazu große Spezialkenntnisse gehören. Aber dieselben Genossen urteilen sehr richtig über wichtige Probleme der staatlichen Verwaltungen oder des wirtschaftlichen Aufbaus, obwohl dazu nicht weniger Spezialkenntnisse gehören. Man muß endlich und gründlich mit der Auffassung aufräumen, daß Kulturarbeit eine Spezialangelegenheit einiger Kulturfunktionäre sei, die übrige Partei aber nichts angehe oder sie nicht interessiere. Gerade im Hinblick auf unsere weitere Entwicklung wäre diese Auffassung ein verhängnisvoller Fehler. Denn es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß mit der ständig steigenden Verbesserung des Lebens der breiten Massen die kulturellen Bedürfnisse wachsen und mit diesen Bedürfnissen auch die kulturellen Ansprüche. Die Kulturpolitik wird also in den nächsten Jahren eine wachsende Bedeutung gewinnen.

Je mehr die Erkenntnis bei allen Parteileitungen wächst, daß die Kulturpolitik Sache der ganzen Partei ist, desto eher werden sie in der Lage sein, alle Organisationseinheiten in diesem Kampf richtig anzuleiten, die Kampfmethoden zu vervielfältigen und die Kampffront im kulturellen Leben zu verbreitern. Damit schaffen wir die Voraussetzung für einen raschen und vollständigen Sieg über diese zutiefst kulturfeindliche, die Grundlagen jeder nationalen Kultur zerstörende Propaganda der amerikanischen Imperialisten.

hinter ihnen vor allem diechtige Sowjetunion steht und wir uns in unserem Kampf in Berlin auf die Kraft von Millionen Menschen stützen.

er der Überwindung der geildertei) Schwächen, die unsere eit an der Aktionseinheit erlich behindert hat, ist neben Wochenendschulungen, die durchgeführt haben, der Zirkum Studium der Geschichte KPdSU die wesentliche Hilfe, den 20 regelmäßig an diesem el teilnehmenden Genossen eine durchaus positive Entund festzustellen, eine Entund, die nicht zum wenigsten l beigetragen fyat, daß wir in wichtigsten Gruppen unserer ke starke Kader besitzen.

e diesjährigen Betriebsratslen haben den Erfolg dieser dt, die wir selbst geleistet ha-gezeigt. Weit über 50 Kandi-1 wurden vom FDGB durch letriebsratswahlen aufgestellt. Wahlergebnis zeigt, daß es bei Siemens mehr Menschen die bereit sind, auf unsere mentation einzugehen, als vorher angenommen hatten, uf wenige Ausnahmen haben Kandidaten des FDGB einen »liehen Stimmenzuwachs zu ichnen, der zum Teil die i gegenüber dem Vorjahr achte.

kommt also darauf an, wie lie Belegschaft ansprechen. Wir die Akhnsstfihof» »er-

stellen wollen, können wir mit unseren UGO- und SPD-Arbeitern und Kollegen nicht in unserer Funktionsärsprache sprechen, wie das leider so häufig geschieht. Wir werden sie nicht mit wissenschaftlichen Problemen ansprechen können, und wir werden uns erst recht nicht in politischen Streit mit ihnen einlassen können. Wir werden uns mit ihnen über die Dinge unterhalten können, die unsere gemeinsamen Interessen und Sorgen sind, nämlich die Angriffe der Konzernleitung auf unsere Lebenshaltung, über Lohnabbau, unseren Arbeitsplatz usw. Selbstverständlich werden und müssen wir dabei unsere politische Meinung zum Ausdruck bringen. Daß in diesem Jahr noch keiner von unseren Kandidaten in den Betriebsrat gewählt wurde, wird uns nicht entmutigen, sondern wird unsere Anstrengungen in dieser Richtung verdoppeln. Wir sind uns klar darüber, daß die Aufklärungsarbeit unter den verhetzten und irreführten Kollegen nicht über Nacht Erfolge bringen kann, sondern beharrlich und unerschütterlich weitergeführt werden muß.

Man muß dabei aber auch neue und immer bessere Formen der Massenaufklärung entwickeln. So haben wir jetzt zum Beispiel den Berliner Rundfunk mit in unsere Arbeit einbezogen, so daß jeden Montag Siemensarbeiter vor dem Mikrophon des Berliner Rundfunks sitzen und zu ihren Kollegen über die Dinge sprechen, die be-

Sieftenswerke auf der Tagesordnung stehen.

Der Genosse Deter sagte gestern in seinem Diskussionsbeitrag, daß es Verpflichtung aller Genossen in den Westberliner Betrieben sein muß, an die UGO-Betriebsräte heranzutreten und sie zur Verteidigung der gemeinsamen Interessen aufzufordern.

Ich schlage vor, diese Anregung auf Seite 10 des Entschlie-ßungsentwurfs in dieser Richtung zu verstärken und besonders hervorzuheben. Denn wir haben bei Siemens diesen Schritt getan, und nicht ohne Erfolg. Anknüpfungspunkt war das organisierte Auftreten neofaschistischer Trupps in einer Belegschaftsversammlung der Siemens & Halske AG. In dieser Versammlung hätte der Betriebsratsvorsitzende beinahe Prügel bezogen. Im Auftrage vieler Kollegen bin ich zum Betriebsratsvorsitzenden im Gerätewerk gegangen und habe ihm die Frage vorgelegt, ob er nicht der Meinung sei, daß angesichts einer solchen gefährlichen Entwicklung, die unser Volk schon einmal in eine Katastrophe führte, es nicht notwendig sei, daß wir die Differenzen, die zwischen UGO und FDGB bestehen und, bestanden haben, einmal beiseite lassen sollten und uns über die wichtige Frage, nämlich die Abwehr solcher neofaschistischer Umtriebe, gemeinsam unterhalten könnten. Die Betriebsräte haben mir zugestimmt

und Verhandlungen dieser Art durchaus bereit.

Noch ein Wort zum Kampf um den Frieden. Es war nicht gleich möglich, die Unterschriftensammlung auf breiter Basis zu starten, da es zunächst an einer Anleitung fehlte, wie wir diese Unterschriftensammlung in unserem Betrieb durchführen können, ohne dabei eine ganze Reihe von Genossen der Gefahr der Maßregelung durch die Konzernleitung auszusetzen. Die Genossen würden uns dadurch verlorengehen. Am vergangenen Mittwoch hat sich nun in einer Versammlung in Siemensstadt ein Friedenskomitee für die Siemenswerke gebildet. Dieses Friedenskomitee besteht zunächst aus sieben Kollegen, zum Teil Parteiloosen. Erste und wichtigste Aufgabe dieses Komitees ist es, die Legalität der Unterschriftensammlung im Siemenskonzern zu erkämpfen.

Wir sehen, daß eine Reihe objektiver Voraussetzungen und Möglichkeiten bestehen, die uns zu solchen Beispielen führen. Die Erziehung und Schulung unserer Genossen, die ständige Verbesserung unserer Arbeitsmethoden wird die Parteiorganisation bei Siemens befähigen, diese Voraussetzung noch mehr als bisher auszunutzen und den Kampf für den Frieden, in Siemensstadt so zu führen, daß die Siemens und Witzleben nie wieder Gelegenheit haben werden, Kriegsgerät zur Vernichtung von Menschen zu